

V3 Neue Sicherheit in unsicheren Zeiten – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen fordern Vernunft, Pragmatismus und Rechtsstaatlichkeit in der Migrationspolitik auf allen Ebenen.

Gremium: LAG Migration, Integration, Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 01.11.2024

Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

Antragstext

1 Migrationspolitik wird seit Jahren zum Austragungsort gesellschaftlicher
2 Grundkonflikte erklärt. Durch den ständigen Fokus auf Probleme und Krisen
3 erleben migrantische Personen zunehmend Einschränkungen ihrer Grundrechte und
4 sind verstärkt Rassismus ausgesetzt.

5 Gesamtgesellschaftlich erleben wir einen tiefgreifenden Wandel, in dem bewährte
6 Sicherheiten verloren gehen und die Folgekosten zunehmend sichtbar werden. In
7 diesem Kontext erscheint eine Isolationspolitik manchen als vermeintliche
8 Lösung, um Stabilität zu bewahren und Herausforderungen im Inneren besser
9 kontrollieren zu können.

10 Eine Politik der Abschottung bedeutet eine enorme Belastung aller Menschen in
11 Deutschland. Die Bewegung von Menschen und Gütern gehört zu den wesentlichen
12 Dynamiken unserer globalisierten Zeit. Aus ökonomischer Sicht würde ein Verzicht
13 auf Zuwanderung zu erheblichen Wachstumseinbußen und Versorgungsengpässen
14 führen. In sozialer und gesellschaftlicher Hinsicht stehen wir vor einem
15 wachsenden Konkurrenzdruck, in dem ökonomisch schwächere Gruppen das Nachsehen
16 haben. Dies verstärkt rassistische Strukturen und führt zu einem Erstarken
17 völkischen Denkens, das als „Schutz“ vor globalen Entwicklungen gesehen wird.

18 Unsere Aufgabe ist es, die Stärke Europas zu bewahren: eine Gesellschaft, die
19 auf Gleichberechtigung, Respekt und eine konstruktive Fehlerkultur setzt. Wir
20 bekräftigen daher die Notwendigkeit effektiver Sicherheitsmaßnahmen gegen
21 Terror, die sachkundig geplant, verantwortungsvoll umgesetzt und regelmäßig
22 überprüft werden. Bei schweren Straftäter*innen oder Extremist*innen, unabhängig
23 von ihrer Herkunft, muss der Rechtsstaat alle rechtsstaatlichen Mittel
24 ausschöpfen und sicherstellen, dass von diesen Personen keine Gefahr mehr
25 ausgeht. Extremistische Anschläge wie in Solingen dürfen nicht wieder geschehen.

26 Wir stehen für den Schutz unserer freiheitlichen Demokratie und unseres
27 Rechtsstaates. Daher ist es für uns inakzeptabel, dass im Namen der
28 Terrorbekämpfung geltendes Recht missachtet und Grund- und Menschenrechte
29 verletzt oder bedroht werden.

30 Die BÜNDNISGRÜNE Verantwortung muss sich in einer umfassenden Antwort auf
31 demokratie- und menschenfeindliche Bestrebungen zeigen und nicht im Mitmachen
32 bei der politischen Umsetzung einer in den Populismus abgeglittenen Debatte. Als
33 Einwanderungsland muss Deutschland die Herausforderungen und Potenziale der
34 Migrationspolitik anerkennen und die Gleichberechtigung der migrantischen
35 Bevölkerung als grundlegende Aufgabe begreifen und besonnen angehen.

36 Dafür setzen wir als BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Sachsen auf drei zentrale
37 Handlungsebenen:

38 1. Wandel in der sächsischen Migrationspolitik: Wir streben eine
39 landesspezifische, integrations- und inklusionsorientierte

40 Migrationspolitik an, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert und
41 Ressourcen für eine gelingende inklusive Integration bereitstellt.

42 2. funktionierende und menschenrechtskonforme Migrations- und Asylpolitik der
43 Europäischen Union: Wir setzen auf ein gemeinsames Vorgehen in der
44 Europäischen Union, das Menschenrechte wahrt, Herausforderungen gemeinsam
45 meistert, Sicherheit schafft und Menschen schützt.

46 3. Schutz einer verantwortungsvollen Asylpolitik auf Bundesebene: Wir setzen
47 uns dafür ein, dass die Asylpolitik menschenrechtsbasiert und pragmatisch
48 gestaltet wird. Es gilt, verantwortungsvolle Maßnahmen klar von
49 unverhältnismäßigen oder grundrechtsgefährdenden Ansätzen zu
50 unterscheiden.

51 1. Wir fordern Maßnahmen für einen Wandel in der sächsischen Migrationspolitik

52 Sachsen braucht Zuwanderung und gelingende Integration. Die Herausforderungen,
53 vor denen Kommunen bei der Bearbeitung der Integrationsaufgaben stehen, werden
54 auf keinen Fall bewältigt, wenn politisch lediglich an der Begrenzung von
55 Zuwanderung gearbeitet wird.

56 Die künftige sächsische Regierung muss in der Migrationspolitik auf Integration
57 und Zusammenhalt statt auf Abschottung und Abschreckung setzen. Es braucht
58 Maßnahmen zur schnellen und gelingenden Integration, um Kommunen zu entlasten
59 und zu stärken.

60 Wir sprechen uns mit Nachdruck für folgende Maßnahmen aus:

61 1. die Verbesserung der Arbeit der Ausländerbehörden durch Abbau von
62 Bürokratie, personelle Stärkung sowie die Verbesserung der Qualität der
63 Bearbeitung durch Maßnahmen wie Förderung der Mehrsprachigkeit in
64 Behörden, Schulungen des Personals sowie Anwendungshinweise zur Nutzung
65 von Ermessensspielräumen für Integration;

66 2. die Unterstützung von Kommunen bei der Erfüllung von Integrationsaufgaben
67 sowie bei der Entwicklung langfristiger und stabiler Integrationspläne
68 durch Expertise und Gelder – Kommunen müssen gut vorbereitet sein, auch
69 bei schwankenden Zahlen von Asylbewerber*innen;

70 3. die Verbesserung der Bedingungen für schulische Bildung von Kindern und
71 Jugendlichen mit Migrationsbiografie und Sprachförderbedarf sowie die
72 Sicherung von Sprachkursangeboten von Anfang an für alle erwachsenen
73 Neuzugewanderten;

74 4. die Priorisierung von dezentralem Wohnen und die Stärkung der Kommunen und
75 des Ehrenamts bei Integrationsmaßnahmen für Menschen, die dezentral
76 untergebracht sind, sowie Maßnahmen gegen Diskriminierung auf dem
77 Wohnungsmarkt;

78 5. Maßnahmen zur erfolgreichen Arbeitsmarktintegration für Geflüchtete, wie
79 Unterstützung von Menschen, die bereits in Sachsen leben, als Priorität
80 vor aufwendigen Anwerbungsprogrammen, vereinfachte
81 Berufsqualifizierungsfeststellung, personelle Stärkung der Stellen zur
82 Durchführung der Berufsamerkenungsverfahren sowie Unterstützung von

83 Unternehmen, insbesondere KMU, bei der Einstellung und Integration
84 Neuzugewanderter;

85 6. die Förderung der aktiven Teilhabe von Migrant*innen an
86 Integrationsprozessen durch gezielte Unterstützung von
87 Migrantenorganisationen und -netzwerken, die als Brückenbauer agieren.
88 Dies umfasst finanzielle Mittel, strukturelle Förderung und Anerkennung
89 von Migrantenorganisationen als wichtige Akteure bei der Gestaltung und
90 Durchführung von Integrationsmaßnahmen.

91 Die künftige sächsische Regierung muss zudem Maßnahmen ergreifen, um
92 Menschenrechte zu schützen und sicherzustellen, dass Migrant*innen sicher und
93 diskriminierungsfrei in Sachsen leben können. In einer Gesellschaft, in der
94 Rechtsextremismus und Rassismus immer mehr Raum greifen, ist die staatliche
95 Pflicht zur Sicherung der Menschenrechte für alle besonders dringlich.

96 Wir fordern folgende Maßnahmen zum Schutz von Geflüchteten und anderen
97 Migrant*innen:

98 1. die Entwicklung und Umsetzung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes,
99 das Benachteiligungen gesetzlich verbietet und Einzelne vor
100 Diskriminierung schützt sowie das gesellschaftliche Klima der Vielfalt
101 fördert – Sachsen muss zeigen, dass hier alle Menschen gut leben können
102 und menschenfeindliches Verhalten keinen Raum hat;

103 2. die Einrichtung eines überregionalen Beschwerdeverfahrens bei
104 Rassismuserfahrungen und Diskriminierungen in Behörden und anderen
105 Institutionen im Asylverfahren;

106 3. die Unterstützung von Kommunen bei der Bereitstellung von Schutzräumen und
107 Beratungsangeboten für Angehörige vulnerabler Gruppen, wie Frauen und
108 queere Geflüchtete;

109 4. den Aufbau und die Unterstützung communitybasierter Antidiskriminierungs-
110 und Antirassismuserarbeit und Stärkung der Selbstorganisationen;

111 5. die Einrichtung externer Clearingverfahren für besonders vulnerable
112 Geflüchtete an allen Sächsischen Aufnahmeeinrichtungen;

113 6. die Stärkung der Rechte von Menschen, die sich bereits im Prozess der
114 Abschiebung befinden: Verbot von Nachtabschiebungen, Verbot von
115 Familientrennungen, pädagogische/psychologische Begleitung von Kindern
116 während der Abschiebung;

117 7. die Stärkung der Härtefallkommission (HFK) - der Sächsische Innenminister
118 muss künftig bei Entscheidungen gegen Beschlüsse der HFK Rücksprache mit
119 der Kommission halten und seine Entscheidung darlegen.

120 2. Wir setzen uns für eine funktionierende und menschenrechtskonforme
121 Migrations- und Asylpolitik der Europäischen Union ein

122 Die Migrations- und Asylpolitik der EU muss sowohl pragmatisch als auch
123 menschenrechtsorientiert sein. Unser gemeinsames Ziel als Europäer*innen muss es

124 sein, Migration fair, sicher und effektiv zu steuern und dabei unsere
125 humanitären Werte zu wahren.

126 Wir machen uns stark für folgende stabile Grundpfeiler in der europäischen Asyl-
127 und Migrationspolitik:

- 128 1. Beratung und Wissenschaft als Grundlage: Ein Expertengremium soll
129 fundierte Lösungsansätze für die Migrationspolitik entwickeln. Diese
130 Empfehlungen werden von den Mitgliedern des Europäischen Parlaments
131 diskutiert und ermöglichen sachliche, faktenbasierte Entscheidungen.
- 132 2. Kommunale Unterstützung und faire Verteilung: Die Kommunen brauchen
133 gezielte Entlastung und Unterstützung, um die Integration bewältigen zu
134 können. Ein fairer Verteilungsmechanismus innerhalb der EU stellt sicher,
135 dass alle Mitgliedstaaten ihrer Verantwortung gerecht werden.
- 136 3. Sichere Migrationswege und Bekämpfung von Fluchtursachen: Die EU muss
137 menschenwürdige Partnerschaften mit Drittstaaten aufbauen, um gefährliche
138 Fluchtrouten zu vermeiden und Perspektiven vor Ort zu schaffen. Stabilere
139 Herkunftsregionen verringern den Migrationsdruck.
- 140 4. Rechtsstaatlichkeit an den Außengrenzen und Freizügigkeit im Binnenmarkt:
141 Ein geordnetes Asylsystem mit Unterstützung der Grenzstaaten stärkt die
142 Rechtsstaatlichkeit und wahrt die Freizügigkeit im Binnenmarkt, ohne auf
143 innereuropäische Grenzkontrollen angewiesen zu sein.
- 144 5. Verbindliche Aufnahmezusagen: Deutschland kann eine Vorreiterrolle
145 einnehmen, indem es erhöhte Aufnahmezusagen mit einer konsequenten
146 Registrierung an den Außengrenzen verbindet und so die Verantwortung fair
147 verteilt.
- 148 6. Stärkung der internationalen Zusammenarbeit zur Bekämpfung
149 grenzüberschreitender Kriminalität: Die EU soll gezielt Maßnahmen zur
150 Bekämpfung internationaler Kriminalität wie Menschenhandel, Schmuggel und
151 organisierte Schleusernetzwerke ergreifen. Dazu gehört eine enge
152 Kooperation mit Herkunfts- und Transitländern, der Aufbau gemeinsamer
153 Ermittlungs- und Informationszentren sowie die Unterstützung beim Aufbau
154 rechtsstaatlicher Strukturen vor Ort.

155 3. Wir fordern den Schutz einer verantwortungsvollen Asylpolitik auf Bundesebene

156 Die gesellschaftliche Debatte rund um das Thema Asyl wird bundesweit mit großer
157 Vehemenz geführt. Nicht selten gleitet sie in populistische Parolen und
158 rassistische Stimmungsmache ab. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen kritisieren diese
159 Debattenentwicklung entschieden. Wir erkennen an, dass Herausforderungen bei der
160 Umsetzung von Integrationsaufgaben vor Ort und Angst vor islamistischem Terror
161 den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Wir sprechen uns entschieden
162 dagegen aus, dass als Konsequenz aus der aktuellen Verunsicherung
163 bundespolitisch im Bereich Asylpolitik mit dem Abbau von Grundrechten von
164 Asylsuchenden und der Aushöhlung des Asylrechts geantwortet wird. Mit Sorge
165 beobachten wir im Schnellverfahren durchgesetzte Asylrechtsverschärfungen auf
166 Bundesebene.

167 Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen kritisieren wir mit Nachdruck die im
168 sogenannten Sicherheitspaket beschlossenen Asylrechtsverschärfungen,
169 insbesondere den Leistungsausschluss für Schutzsuchende, bei denen die Ausreise
170 in einen nach Dublin-Verfahren zuständigen Drittstaat rechtlich und faktisch als
171 möglich eingeschätzt wird.

172 Der vollständige Entzug von Sozialleistungen setzt Menschen auf die Straße, die
173 in der Regel an ihrer Ausreise gar nicht selbst mitwirken können, da die
174 Überstellung staatlich organisiert wird. Der Entzug existenzsichernder
175 Leistungen umfasst auch das Entziehen medizinischer Unterstützung, was
176 lebensgefährlich werden kann. Die geplante Maßnahme ist ein Dambruch in der
177 Entrechtung und Gefährdung von Geflüchteten. Dass unter dem Druck des
178 Bundeskanzlers, des Innenministeriums und unter grüner Regierungsbeteiligung
179 derartige Maßnahmen auf den Weg gebracht werden, ist für uns nicht hinnehmbar.
180 Durch die asylrechtlichen Maßnahmen im sogenannten Sicherheitspaket wird
181 Deutschland nicht sicherer, sondern unsicherer. Denn es steht zu befürchten,
182 dass der Leistungsentzug Menschen in existenziell bedrohliche Notlagen versetzt.
183 Zudem kann die Deklaration derartiger Maßnahmen als Sicherheitsmaßnahme
184 rechtspopulistische Narrative, die migrantische Personen unter Generalverdacht
185 stellen, stützen und somit Rassismus verstärken. Wir lehnen eine Politik, die
186 Menschen entrechtet und rassistische Narrative stärkt, entschieden ab.

187 Wir stärken unserer Bundestagsfraktion hiermit den Rücken, damit sie zukünftig
188 auf den Schutz von Menschenrechten beharrt. Wir sind Antrieb und Rückendeckung
189 für alle, die Asylpolitik vorantreiben, die pragmatisch ist, die den Schutz von
190 Menschenrechten zentral stellt und dies als Stabilisierung unserer Gesellschaft
191 begreift.

192 Pragmatische, menschenrechtsbasierte und stabilisierende Asylpolitik muss
193 Realitäten anerkennen. Das bedeutet zum einen, dass besonnen und mit guten
194 Lösungen auf wissenschaftliche Erkenntnisse und eine sachliche Darlegung der
195 Probleme in den Kommunen reagiert werden muss. Es muss zudem wieder anerkannt
196 werden, dass das Asylrecht sowie der Schutz von Grund- und Menschenrechten
197 geltende Rechte sind und ihre konsequente Umsetzung einen Schutz und eine Stärke
198 unseres Rechtsstaates darstellen.

199 Als BÜNDNISGRÜNE in Sachsen fordern wir deshalb von der Bundesregierung:

200 1. die Wahrung des individuellen Rechts auf Asyl: Insbesondere die geplante
201 Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten birgt die Gefahr, dass
202 individuelle Asylanträge beeinträchtigt werden und Flüchtlingsrechte
203 missachtet werden. Das individuelle Recht auf Asyl muss gewahrt werden und
204 darf weder in der Praxis noch per Beschluss eingeschränkt werden. Auch
205 Zurückweisungen an deutschen Grenzen sind ein klarer Rechtsbruch und
206 müssen verhindert werden;

207 2. die Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention: Die Genfer
208 Flüchtlingskonvention trat 1954 als Lehre aus dem unsolidarischen
209 Verhalten vieler Staaten gegenüber jüdischen Flüchtlingen während des
210 Nationalsozialismus in Kraft. Es darf nicht passieren, dass ausgerechnet
211 Deutschland mit seiner besonderen internationalen Verantwortung gegen die
212 Genfer Flüchtlingskonvention verstößt. Wir erwarten, dass die Genfer
213 Flüchtlingskonvention verbindlich eingehalten wird und jegliche geplanten

- 214 Änderungen im Asylrecht daraufhin geprüft werden, ob sie sich im Rahmen
215 der Flüchtlingskonvention bewegen;
- 216 3. den Stopp von Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan sowie in andere
217 Länder, in denen Bürgerkrieg oder diktatorische, menschenverachtende
218 Machthaber herrschen: Wir lehnen die Zusammenarbeit mit Terroristen und
219 Diktatoren, auch wenn sie zur Rückführungsorganisation von
220 Straftäter*innen erfolgt, entschieden ab und fordern das
221 Bundesinnenministerium, das sächsische Ministerium für Inneres und die
222 sächsische Landesdirektion auf, die Genfer Flüchtlingskonvention und die
223 Europäische Menschenrechtskonvention einzuhalten und Abschiebungen, bei
224 denen Menschen Gefahr für Leib und Leben droht, zu unterlassen;
- 225 4. die Abschaffung von Abschiebehäft: Es ist unverhältnismäßig, einem
226 Menschen das Grundrecht auf Freiheit zu entziehen, um den Verwaltungsakt
227 Abschiebung einfacher durchführen zu können;
- 228 5. das Verhindern von Diskriminierung und Behördenüberlastung durch eine
229 bundesweite Bezahlkarte mit restriktiver Bargeld- und
230 Überweisungsbegrenzung: Das Vorantreiben des Projekts „Bezahlkarte mit
231 Bargeldbegrenzung“ trotz fehlender Evidenz für Anlass oder Wirksamkeit der
232 Bargeldeinschränkung und trotz der Rückmeldungen aus den Kommunen, die
233 durch die Umsetzung der Bezahlkarte überfordert werden, ist sinnlose
234 Symbolpolitik auf dem Rücken der Betroffenen und der Behörden. Wir lehnen
235 diskriminierende Bezahlkartenmodelle entschieden ab;
- 236 6. den Aufbau von stabilen und flexiblen Strukturen zur Integration und
237 Unterstützung der Kommunen bei der Planung und Finanzierung von gelungenen
238 Integrationsaufgaben.
- 239 Integration ist eine kontinuierliche Gemeinschaftsaufgabe.
- 240 Es wird immer wieder Phasen geben, in denen mehr Menschen nach Deutschland
241 kommen, und Zeiten, in denen es weniger sind. Die Strukturen eines
242 Einwanderungslandes müssen auf diese Veränderungen vorbereitet sein. Die
243 Schaffung von ausreichend Plätzen in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder
244 und dauerhaftem Wohnraum in den Kommunen ist dafür eine wesentliche Grundlage.
245 Ebenso wichtig sind Sprachkurse für alle sowie der gesicherte Zugang zu KiTa,
246 Schule und Ausbildung. Dieser muss durch ausreichend Mittel und Personal
247 gewährleistet werden. Hierbei wird in Ländern und Kommunen bundespolitische
248 Unterstützung benötigt.
- 249 7. Die Eröffnung von stabilen Bleibeperspektiven;
- 250 Mit Spurwechsel und Einwanderungsgesetz wurden bundespolitisch Schritte in die
251 richtige Richtung unternommen, um Integration zu ermöglichen und integrierten
252 Personen eine stabile Perspektive zu bieten, Wir schlagen darüber hinaus vor,
253 Arbeitsverbote vollständig abzuschaffen und rechtlich festzulegen, dass alle
254 Menschen, die in Deutschland eine Ausbildung machen, studieren oder arbeiten
255 dauerhaft bleiben dürfen.
- 256 Als sächsische BÜNDNISGRÜNE sprechen wir uns für Vernunft, Pragmatismus und
257 Rechtsstaatlichkeit in der Migrationspolitik auf allen Ebenen aus. Eine

258 funktionierende und menschenrechtsbasierte Migrationspolitik ist eine wichtige
259 Säule eines stabilen, solidarischen und damit sicheren Miteinanders aller
260 Menschen.

Begründung

Statt die Chancen und Potenziale für eine zukunftsorientierte Migrationspolitik zu nutzen, dominieren in der öffentlichen Debatte Ressentiments und Ängste, die Abschottung und Ausgrenzung als vermeintliche Lösungen darstellen. Diese Haltung führt nicht nur zu einer Einschränkung der Grundrechte von Migrant*innen, sondern gefährdet auch die Werte unserer demokratischen Gesellschaft.

Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen wir es als unsere Verantwortung, eine klare und menschenrechtsorientierte Position einzunehmen. Wir setzen uns für eine Migrationspolitik ein, die Integration ermöglicht und rassistischen sowie populistischen Strömungen entschieden entgegentritt.

Mit diesem Antrag fordern wir umfassende strukturelle Verbesserungen auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene. Unser Ziel ist es, durch eine sachliche, pragmatische und menschenrechtsbasierte Ausrichtung der Migrationspolitik die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in Sachsen zu fördern und unser demokratisches sowie rechtsstaatliches Miteinander zu stärken.